

Rangliste der Pressefreiheit 2011:

EUROPA UND EHEMALIGE SOWJETUNION

Wachsende Unterschiede in Europa / Glaubwürdigkeit der EU beschädigt

Während sich Finnland und Norwegen erneut den ersten Platz teilen, blieben Bulgarien (Platz 80) und Griechenland (Platz 70) die Schlusslichter in der Europäischen Union. In **Bulgarien** wurden Journalisten immer wieder gezielt angegriffen oder mit dem Tod bedroht. Die Besorgnis über den schwindenden Pluralismus der Printmedien nahm zu. In **Griechenland** arbeiteten Fotografen und Kameralente teilweise unter kriegsähnlichen Bedingungen, als sie über die Proteste während der Wirtschaftskrise berichteten. **Ungarn** rutschte auf Platz 40 ab, weil die Regierung durch neue Gesetze übermäßigen Einfluss auf die Arbeit der Medien nimmt. Dass andere EU-Staaten dies lange Zeit kaum kritisierten, hat die Glaubwürdigkeit der Union als Vorbild in Sachen Pressefreiheit beschädigt.

Deutschland (Platz 16) steht innerhalb der EU weiterhin auf einer stabilen Mittelposition. Schwierig sind hier vor allem der Zugang zu Behördeninformationen sowie der Schutz von Quellen und Informanten. **Frankreich** nimmt lediglich Platz 38 ein. Der Schutz journalistischer Quellen und die Möglichkeiten investigativer Journalisten, über einflussreiche regierungsnahe Personen zu berichten, sind dort nicht ausreichend gewährleistet. In **Italien** (Platz 61) lebt etwa ein Dutzend Journalisten unter Polizeischutz. Mit Silvio Berlusconis Rücktritt endeten zwar jahrelange Interessenkonflikte zwischen Politik und Medien, in die Rangliste 2011 floß seine Politik allerdings noch ein: Nur knapp wurden Gesetze abgelehnt, die erneut versuchten, die Medien zu gängeln sowie Internetsperren ohne richterlichen Beschluss zuzulassen.

Großbritannien rutschte nicht nur durch die Abhör- und Korruptionsaffäre um das Murdoch-Blatt *News of the World* auf Platz 28 ab. Negativ ins Gewicht fielen auch der Umgang mit dem Persönlichkeitsrecht und die Reaktion auf die Unruhen in London. Trotz internationaler Ablehnung hält das Land zudem an einem Gesetz fest, das es Klägern aus aller Welt gestattet, vor britischen Gerichten gegen Nachrichtenmedien vorzugehen.

Der Abstand zwischen den baltischen Staaten hat sich vergrößert. **Estland** (Platz 3) rückte weiter an die Spitze der Rangliste vor. **Litauen** und **Lettland** fielen wegen einschlägiger Gerichtsurteile und wegen Eingriffen der Sicherheitsbehörden in die journalistische Arbeit auf Platz 30 bzw. 50. In der **Slowakei** (Platz 25) hingegen verbesserten sich die Beziehungen zwischen Regierung und Journalisten, seit Premierminister Robert Fico nicht mehr im Amt ist.

Die Wirtschaftskrise verschärfte die Probleme der Medien auf dem Balkan: Dort werden Medien oft für private oder kriminelle Interessen missbraucht. Selbstzensur ist unter einer wachsenden Zahl schlecht bezahlter Journalisten weit verbreitet. Viele Richter und Anwälte sind schlecht ausgebildet, der Regierung verpflichtet oder korrupt und behindern die Arbeit der Medien oft mehr, als sie jene zur Verantwortung ziehen, die Journalisten bedrohen oder tätlich angreifen. Beispiele dafür gab es in **Montenegro** (Platz 107), **Albanien** (Platz 96), **Mazedonien** (Platz 94) und **Bosnien-Herzegowina** (Platz 58). Mazedonien verlor im vergangenen Jahr 40 Prozent seiner Medien, als das Medienunternehmen Plus Produkcija geschlossen wurde, zu dem drei Tageszeitungen und der größte private Fernsehsender des Landes gehörten.

Die **Türkei** fiel um 10 Plätze auf Rang 148. Zwar ist die türkische Medienlandschaft vielfältig und lebendig, missliebige Journalisten wurden jedoch im vergangenen Jahr extrem häufig juristisch verfolgt. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung wurden dutzende Reporter ohne richterlichen Beschluss verhaftet – insbesondere, wenn sie zur Ergenekon-Verschwörung recherchierten oder sich mit der KCK beschäftigten, die als politischer Arm der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK gilt. Das Ausmaß der Verhaftungen, Telefonüberwachungen und die Missachtung des Quellenschutzes seitens staatlicher Organe in der Türkei ist enorm und hat zu einem Klima der Einschüchterung in den Medien geführt.

In **Russland** (Platz 142) ist die Lage der Medien weiterhin schwierig. Im Prozess um den Mord am Menschenrechtsanwalt Stanislav Markelow und der „Nowaja Gaseta“-Journalistin Anastasja Baburowa wurde ein Paar schuldig gesprochen, Details des Falls blieben jedoch unklar. Nach wie vor gehen Täter in Russland meist straffrei aus, wenn sie Journalisten ermorden oder überfallen. Zwar zeichnete sich im vergangenen Jahr in den Gerichten die Tendenz ab, solche Verbrechen härter zu bestrafen. Zudem wurden die Strafgesetze für Vergehen von Journalisten gelockert. Wirkung zeigen diese Reformen allerdings bisher kaum. Seit den Demonstrationen im Dezember 2011 wagen einige Medien mehr Offenheit als bisher.

Belarus (Platz 168) und Aserbaidshjan (Platz 162) fielen nach der gewaltsamen Niederschlagung demokratischer Proteste weit zurück und stehen fast am Ende der Rangliste. Die Präsidenten beider Länder, Alexander Lukaschenko und Ilham Alijew, gehören zu den Feinden der Pressefreiheit. Lukaschenko ließ nach der brutalen Niederschlagung von Demonstrationen im Dezember 2010 über 100 Blogger und Journalisten verhaften, etwa dreißig von ihnen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Kritische Medien stehen seither in Belarus stark unter Druck, mehrmals wurden kritische Internetportale vorübergehend abgeschaltet und Zeitungsausgaben beschlagnahmt.

In **Aserbaidshjan**, das 2012 Gastgeberland des Eurovision Song Contest ist, verschärfte die Staatsmacht nach Straßenprotesten im Frühjahr die Überwachung der Medien. Dabei geriet vor allem das Internet in den Fokus, weil sich viele Menschen über Netzwerke wie Facebook zu den Demonstrationen verabredeten. Internetnutzer wurden für das Weiterleiten von Protestaufrufen verhaftet, regimekritische Blogger stark eingeschüchert. Die Gewalt gegen Medienschaffende nimmt zu. Journalisten wurden geschlagen, entführt und zum ersten Mal seit fünf Jahren wurde in Aserbaidshjan wieder ein Reporter ermordet.

Georgien (Platz 104), wo die Polizei im Mai eine Kundgebung der Opposition mit Gewalt auflöste, hat seinen Platz als Vorreiter unter den südkaukasischen Ländern verloren. Der Staat behindert die Arbeit zahlreicher Journalisten und Blogger, die er der Parteinahme für Russland bezichtigt. **Armenien** ist mit Platz 75 annähernd wieder auf der gleichen Position wie vor 2008, als Straßenproteste gegen das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen blutig niedergeschlagen wurden. Nach wie vor wird die Arbeit der Medien jedoch empfindlich eingeschränkt, vor allem mit juristischen Mitteln.

Unter den zentralasiatischen Ländern erreichte **Kirgistan** mit Platz 108 die beste Wertung. Es verbesserte sich um 59 Positionen gegenüber 2010, als es unter der Diktatur Bakijews und ethnischen Massakern im Süden litt. Dennoch ist Lage der Medien fragil. Das Parlament versuchte mit mehreren Gesetzesinitiativen, die Arbeit von Journalisten einzuschränken. Zudem werden immer wieder Reporter angegriffen. Kirgistans Nachbarland **Tadschikistan** (Platz 122) schnitt schlecht ab. Dort missbraucht die Staatsmacht den Kampf gegen radikale Islamisten als Vorwand, um die Presse zu knebeln.

Kasachstan hat seinen Platz (154) nur nominell verbessert, weil sich andere Länder verschlechterten. De facto verschärften die kasachischen Staatsorgane die Verfolgung unabhängiger Stimmen und versuchen, das Internet zu kontrollieren. Streng überwacht wird das Internet auch in den Diktaturen **Usbekistan** (Platz 157) und **Turkmenistan** (Platz 177), die ihre Positionen kaum veränderten. In Turkmenistan kann die Bevölkerung nur auf ein stark zensiertes Intranet zugreifen. Einige wenige turkmenische Online-Portale im Ausland versuchen, diese Informationsblockade zu durchbrechen.

Die **Ukraine** (Platz 116) stieg nach dem historischen Tiefstand von 2010, als der Journalist Wassil Klimentjew spurlos verschwand, wieder um ein paar Positionen auf. Doch die negativen Tendenzen seit dem Amtsantritt von Viktor Janukowitsch im Februar 2010 bestehen fort: Medien werden wieder stärker zensiert und Übergriffe auf Journalisten bleiben oft straffrei.

Pressekontakt:

Ulrike Gruska

Tel.: 030 202 15 10 – 16

presse@reporter-ohne-grenzen.de